

Das Kleingedruckte in den Wahlprogrammen zur Europawahl 2014

www.netzfrauen.org

Aussagen in Parteiprogrammen – Teil VII

Wahlprogramm zur Europawahl 2014 der Alternativen für Deutschland (AfD)

Da wir einige Aussagen im Parteiprogramm gefunden haben, die unserer Meinung nach sehr aufschlussreich sein könnten, führen wir nachfolgend nach alphabetischen Stichworten ausschnittsweise Zitate auf (verkürzt von 25 Seiten auf 7 Seiten).

Asyl / Zuwanderung: „ ... erfordert eine qualifizierte Zuwanderung... Zuwanderung von Nicht-EU-Arbeitskräften sollte sich ausschließlich nach dem hiesigen Bedarf richten... darf nicht durch Scheinselbstständigkeiten...missbraucht werden... Ausländische EU-Bürger, die wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt wurden, sind konsequent abzuschieben. Bestandskräftige Abschiebebescheide müssen zeitnah vollzogen werden. Die Wiedereinreise ausgewiesener Ausländer ist durch geeignete Maßnahmen wie etwa die Erhebung biometrischer Daten zu unterbinden... Leistungen wie ALG II (Arbeitslosengeld), Kinder- und Wohngeld sollen nur solche Zuwanderer erhalten, die in erheblichem Umfang Steuern bzw. Sozialversicherungsbeiträge in Deutschland gezahlt haben oder deren Eltern das getan haben... Zuwanderung in die EU-Staaten muss durch Kontrolle der EU-Außengrenzen verhindert werden... setzt sich für ein Einwanderungsrecht mit „Punktesystem“ nach kanadischem Vorbild ein... Auch Asylbewerbern ist das Recht auf Arbeit zu gewähren...“

Außen- / Entwicklungspolitik: „ ... Die Einbindung in den Westen darf Deutschland nicht daran hindern, dem Nachbarn im Osten besondere Aufmerksamkeit zu widmen und daran mitzuwirken, Probleme zwischen Russland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Einvernehmen mit diesen zu lösen. Das gilt auch für eventuelle Beitritts- oder Assoziierungsgespräche... Nato ist und bleibt die Klammer einer transatlantischen Sicherheitsarchitektur... Mitwirkung der Bundeswehr an militärischen Einsätzen... befürwortet die AfD nicht, es sei denn, es besteht daran ein begründetes nationales deutsches Interesse... lehnt jede Vergemeinschaftung von Polizei, Militär und Geheimdiensten ab... wird aber dafür eintreten, dass sich die für die strategische Planung zuständigen GASP-Gremien (Gemeinsame Außen-und Sicherheitspolitik) verstärkt mit Bedrohungsszenarien befassen, die durch neue Formen des internationalen Terrorismus entstanden sind... Unterstützung der Mittelmeer-Anrainer Afrikas bei der Bekämpfung der Schlepper-Kriminalität muss ausgeweitet werden, was sich nicht nur auf Schulung und Training der Behörden vor Ort beschränken darf...“

Beschäftigung, Arbeit u. Soziales: „ ... für den Erhalt der traditionellen Handwerker Ausbildung und der entsprechenden Qualifikationsprüfungen ein. Es darf keine europäischen Bestrebungen geben, den Meisterbrief abzuschaffen... mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Niederlassungsfreiheit als eine große Errungenschaft... Ausländische Arbeitnehmer sind ... genauso zu entlohnen und unterliegen gleichen gesetzlichen Regelungen wie inländische Arbeitnehmer. Dadurch... stärker qualifikationsbezogene Auswahl und Einstellung von Arbeitskräften durch die Wirtschaft gewährleistet werden... Absicherung muss ein menschenwürdiges Leben und ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe in Deutschland gewährleisten... Ein gesetzlich festgelegter, flächendeckender Mindestlohn kann dies nicht leisten... sollte der Staat die soziale Unterstützung in Form von Einkommensbeihilfen bereitstellen... steht zu der im Grundgesetz

verankerten Tarifautonomie... Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zulasten ausländischer und deutscher Arbeitnehmer ist zu unterbinden. Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise das Entsendegesetz, sind weitgehend ausreichend... eine europäische Arbeitslosenversicherung... inakzeptablen Vorschläge... lehnt eine europäische Sozialunion und eine europäische Arbeitslosenversicherung... ab. ...die Jugendarbeitslosigkeit... Vorrangig ist die Lösung dieses Problems eine nationale Aufgabe der Krisenstaaten...“

Bildung: „...Neustrukturierung der Studiengänge im Rahmen des sogenannten Bologna-Prozesses... Universitäten muss die Möglichkeit gegeben werden, neben den neu eingeführten Bachelor- und Master-Studiengängen auch zu den bewährten Diplom-, Staatsexamens- und Magisterstudiengängen zurückzukehren... Von einer... Erhöhung der Akademikerquote in der EU ist abzusehen... die noch größere Massenuniversität... lehnt... ab... setzt sich... für ein angemessenes Niveau und die Verstärkung des universitären Lehrpersonal ein... ERASMUS-Programm... soll weiter ausgebaut werden... unterstützt Anstrengungen, den europäischen Austausch im Rahmen von Jugendverbänden und -gruppen finanziell und organisatorisch zu fördern... muss die Mobilität von Studierenden, Auszubildenden und jungen Arbeitnehmern gefördert werden... Auch junge Menschen ohne gymnasiale Bildung sind hierbei einzuschließen... System der beruflichen Aus- und Weiterbildung ist weiter auszubauen... Anrechenbarkeit vergleichbarer Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse soll verbessert werden...“

Bürokratieabbau: „ ... Beendigung... doppelten Parlamentssitzes... Anzahl der EU-Kommissare auf die Bereiche der Kernkompetenzen zu reduzieren... Halbierung der Anzahl der EU-Beamten von derzeit 50.000 innerhalb von sieben Jahren... Reduzierung der steuerlichen Vergünstigungen für EU-Beamte, EP-Abgeordnete, Richter und andere EU-Amtsträger. Mitarbeiter der EU sind, unabhängig von ihrem Status, zu besteuern wie jeder andere Bürger auch...“

Datenschutz: „ ... umfassendes Recht des Bürgers, über seine personenbezogenen Daten selbst zu bestimmen. Dieses Recht sichert jedem zu, selbst über Preisgabe, Speicherung, Verwendung und Löschung seiner Daten zu verfügen... anlasslos...das Prinzip der Verhältnismäßigkeit verletzenden Überwachungsmaßnahmen sind einzustellen. Dazu gehört auch die von der EU geforderte Vorratsdatenspeicherung... Effektivität staatlicher Überwachungsmaßnahmen zur Verhinderung oder Bekämpfung schwerer Straftaten muss transparent und quantitativ öffentlich bewiesen werden... Nationale Ressourcen... gegen Datenspionage jeder Art und digitale Aggression schützen, sind aufzubauen... massenhafte Transfer von Daten europäischer Bürger an die Sicherheitsbehörden der USA und anderer nichteuropäischer Staaten ist zu beenden... insbesondere für den Transfer von Daten von Auslandsüberweisungen aufgrund des SWIFT-Abkommens sowie für die Übermittlung von Fluggast-Daten... Alle öffentlichen Behörden und Einrichtungen haben einen Plan zur Umstellung auf freie, quelloffene Software vorzulegen...“

Energie / Klimaschutz / Umweltschutz: „...Energiepolitik ist primär eine Angelegenheit der Mitgliedsstaaten... In einigen Bereichen (z.B. Leitungsnetze, Energiespeicher) ist eine europäische Zusammenarbeit jedoch sinnvoll und notwendig... europaweite Harmonisierung der Sicherheitsvorschriften und Emissionsgrenzwerte... Forschung und Entwicklung von innovativen Technologien und neuen Verfahren, die langfristig die fossilen Energieträger ablösen können, sollen gefördert werden... Langfristig... Abhängigkeit von importierten Energieträgern reduzieren... dauerhafte Subventionierung jeglicher Art der Energieerzeugung lehnt die AfD ab... CO2-Emissionen sind sehr unsicherheitsbehaftet... globales Problem... ein koordiniertes Vorgehen aller großen Wirtschaftsnationen... Deshalb

lehnt die AfD nationale und europäische Alleingänge ab... Vorsichtsprinzip Rechnung zu tragen, kann aber im Rahmen internationaler Abkommen eine graduelle Reduktion von CO₂-Emissionen vereinbart werden... sollte ausschließlich durch marktwirtschaftliche, technologieneutrale Instrumente wie z. B. CO₂-Zertifikate erfolgen... Das EEG muss komplett abgeschafft werden. Ansprüche von Altanlagen-Besitzern sind rechtskonform abzufinden... Neue Zielvorgaben für den Ausbau erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz nach 2020 lehnt... als ein schädliches Wettbewerbshemmnis ab... Umweltpolitik muss sich zuerst an nationalen Gegebenheiten und Bedürfnissen orientieren... Aufgabe der EU ist deshalb die Festlegung von Standards... für die Umwelt- als auch für die Energiepolitik gilt: Vor Beschluss jeder europäischen Regelung muss nachgewiesen werden, dass eine gemeinschaftliche Regelung Vorteile gegenüber nationalen Regelungen besitzt...“

Europa: „ ... will eine Europäische Union (EU) souveräner Staaten... ist die Auflösung bzw. Umgestaltung der Eurozone zwingend nötig... gesichert werden, dass das Budgetrecht der nationalen Parlamente nicht angetastet wird... gewährleistet werden, dass die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik in der Gestaltungshoheit der Mitgliedsstaaten verbleibt... befürwortet die vier Grundfreiheiten der EU: freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital... wo immer möglich, eine Rückgabe von Kompetenzen an die einzelnen Länder durchzusetzen... die deutsche Sprache als Ausdruck des Gewichts Deutschlands in der EU in allen europäischen Institutionen als gleichwertige Verhandlungs- und Verfahrenssprache praktiziert werden... deutliche Senkung der Ausgaben des EU-Haushalts... Verzicht auf die überflüssigen Zeitumstellungen... Seither war Deutschland loyal der europäischen Idee verpflichtet. Das wird sich mit der AfD nicht ändern... Deutschland muss entsprechend seiner Einwohnerzahl und seiner ökonomischen Bedeutung entsprechend ein größeres Gewicht in den europäischen Institutionen zugestanden werden...“

Europa / Beitritte: „...die Aufnahme der Türkei in die europäische Union ab... Nichteuropäische Länder können im Rahmen von Assoziierungsabkommen an der europäischen Nachbarschaftspolitik partizipieren... Aufnahme weiterer Länder Europas in die EU erst nach Erfüllung aller Aufnahmekriterien... Voraussetzung ist jeweils eine Volksabstimmung...“

Europa: Kriminalität: „ ... Unterstützung der Mittelmeer-Anrainer Afrikas bei der Bekämpfung der Schlepper-Kriminalität muss ausgeweitet werden... wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt... Wiedereinreise ausgewiesener Ausländer ist durch geeignete Maßnahmen wie etwa die Erhebung biometrischer Daten zu unterbinden...“

Europa / Subsidiarität: „ ... die Errichtung eines Subsidiaritäts-Gerichtshofes... Bürger und Institutionen gegen mögliche Verletzungen des Subsidiaritätsprinzips klagen können... Gegengewicht des... Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und muss von ihm unabhängig sein... Rechtsgrundlage des EuGH muss grundlegend verändert werden... Auswahl für die Besetzung der obersten Richter, sei es beim Bundesverfassungsgericht, sei es beim EuGH, auf Basis wissenschaftlicher Leistung... setzt sich für eine Stärkung des Europäischen Rechnungshofs ein...“

Finanzsystem/Steuern: „ ... deshalb ist eine alternative Währungspolitik geradezu ein Gebot der Solidarität mit dem Süden Europas... plädiert die AfD für einen geplanten und geordneten Ausstieg aus dem Einheitseuro... fordert eine Auflösung, zumindest aber eine vollständige währungspolitische Neuordnung des Euro-Währungsgebietes... erster Schritt muss dazu jedem Land das Recht eingeräumt werden, die Eurozone zu verlassen... sollten die stabilitätsorientierten Euroländer unter sich ein kleineres, am Maastricht-Vertrag angelehntes Währungssystem bilden. Dabei... an dem vor 1998 bestehenden Europäischen

Währungssystem (EWS) orientieren... Wenn keine dieser beiden Lösungen erreicht werden kann, muss Deutschland den Austritt aus der Euro-Währungsunion anstreben... Analog zum Vorgehen bei der Einführung des Euro können beim Austritt übergangsweise Parallelwährungen... eingeführt werden... fordert die Rückkehr zur Unabhängigkeit der EZB, zu stabilen Währungen und zur Haushaltsdisziplin... lehnt eine Haftung für die Schulden anderer Staaten über den ESM... ab wie... Eurobonds... Auch eine Haftung für die Schulden fremder Banken über die europäische Bankenunion kommt... nicht in Frage... ESM ist aufzulösen... Der EZB ist der Kauf von Staatsanleihen generell zu untersagen... Stimmgewicht in der EZB muss dem Kapitalschlüssel (Deutschland:27 %) entsprechen. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass grundlegende Entscheidungen nur mit einer qualifizierten Mehrheit von 75% getroffen werden können... Missbrauch des Euro-Zahlungsverkehrsystems "Target 2" ... ist zu beenden... entstandene, milliarden schwere Ausfallrisiko zu Lasten der Geber-Länder ist schrittweise zurückzuführen. Der Ausgleich neu entstehender Target-Salden ist ab sofort jährlich vorzunehmen... muss gesichert sein, dass die Goldbestände der Bundesbank nicht als Pfand zurückgehalten werden können... deshalb zügig nach Frankfurt zurückzuführen... ein verbindliches staatliches Insolvenzverfahren einigen... finanziellen Folgen der Misswirtschaft zunächst durch eine Solidaritätsabgabe der Vermögenden im eigenen Land reduziert werden... fordert... Aufspaltung der Großbanken in kleinere Einheiten... setzt sich für ein bilanzielles Trennbankensystem ein... die Banklizenz zu entziehen oder sie sind in kleinere Institute aufzuspalten... Bei steigender Risikoklasse ist die Eigenkapitalquote zu erhöhen. Risikomanagement-Modelle und neue Finanzprodukte sind den Aufsichtsbehörden zur Genehmigung vorzulegen. Verstöße des Bankmanagements gegen diese Regeln müssen zivil- und strafrechtliche Konsequenzen haben... Eigenkapital als Risikopuffer vorhalten... Bonuszahlungen für Banker sind auf ein Sperrkonto einzuzahlen, das erst nach Ablauf einer Frist von fünf Jahren freigegeben wird... Die fast unverzinslichen Sparguthaben und Girokontenbestände sind davon unter allen Umständen auszunehmen... Bestrebungen, den Bargeldverkehr abzuschaffen und durch ausschließlich elektronische Bezahlsysteme zu ersetzen, ist zu verzichten..."

Forschung/Innovation: „ ... setzt sich für eine effiziente Förderung der staatlichen Grundlagenforschung bei Universitäten und außeruniversitären Forschungsorganisationen (Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz-Gemeinschaft, Helmholtz-Gemeinschaft und Fraunhofer-Gesellschaft) ein. Insbesondere... engagieren, dass von Staat und Wirtschaft schnellstmöglich Mindestens das Äquivalent von 3% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden... Naturwissenschaften, Geistes- und Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sind gleichberechtigt zu fördern... sehr aufwändige Forschungsprojekte (z.B. „Großforschungsanlagen“) kann eine länderübergreifende Zusammenarbeit nötig sein... kann dezentral und sogar über EU-Grenzen hinweg organisiert werden (z.B. „CERN“)... ist weder eine europaweite Forschungspolitik noch eine besondere EU-Verwaltung noch ein dafür zuständiger EU-Kommissar nötig... unterstützt die Erforschung von Technologien, die der Erzeugung von Strom aus regenerativen Quellen dienen, und die Erforschung von Speichertechnologien..."

Freihandelsabkommen (TTIP): „ ... Da die Verhandlungen intransparent und hinter verschlossenen Türen geführt werden, muss befürchtet werden, dass der Schutz der europäischen Qualitäts-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards nicht gewährleistet ist... Unter diesen Umständen lehnt die AfD eine Beschlussfassung über das Freihandelsabkommen mit den USA ab..."

Gentechnik: „...lehnt eine generelle oder auch spezifische Zulassung genmanipulierter Landwirtschaftsprodukte (z.B. Genmais) durch die EU ab... Entscheidung des Anbaus

experimenteller Sorten muss in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten bleiben... will, dass alte Landsorten auch weiterhin ohne Sortenschutz und ohne umfangreiche Zertifizierung gehandelt und angebaut werden dürfen...“

Gesundheit: „...Harmonisierungsbestrebungen der EU im Bereich des Gesundheitswesens sind weitgehend abzuweisen... Harmonisierung muss sich auf die sinnvollen Maßnahmen bei grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren (z.B. Infektionskrankheiten, Ausbreitung multiresistenter Erreger und europaweite Arzneimittelzulassung) beschränken... Programm „Gesundheit für Wachstum“ (2014-2020)... ist abzulehnen... Effektivität und Attraktivität der Gesundheitsberufe ist eigenverantwortlich in jedem Land durch Maßnahmen wie Bürokratieabbau, Netzbildungen und die Einführung leistungsgerechter Bezahlung anzuheben... einheitliches EU-Preisreferenzsystem ist einzuführen, um... Preissenkungen erwirken zu können... Deutschland niedrigere Gesundheitskosten möglich... „

Gleichstellung: „...strebt die Gleichberechtigung der Geschlechter... an... lehnt ein "Gender Mainstreaming“... ab. Entsprechende finanzielle Förderungen... einzustellen... Offenlegung aller bislang zur Durchsetzung von angeblichen Gleichstellungsvorhaben... Privatwirtschaft wie im Öffentlichen Dienst muss bei Stellenbesetzungen im Grundsatz die Qualifikation... den Ausschlag geben. Chancengleichheit... muss das übergeordnete Ziel der Politik sein, anstatt Quotenregelungen und einzelfallbezogene Vorschriften zu erlassen... Behinderte Mitbürger und ihre pflegenden Angehörigen sollen bei gleicher Qualifikation beruflich bevorzugt werden...“

Infrastruktur / Wasser / Daseinsvorsorge: „...grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte... Entscheidung, ob Güter der sogenannten Daseinsvorsorge (z. B. Wasserversorgung) in öffentlicher oder privater Verantwortung anzubieten sind, darf nicht zentral vorgegeben, sondern muss... in den Kommunen selbst getroffen werden. Das Gemeinwohl muss... Vorrang vor Privatinteressen haben.... nicht sein, dass das Kostenrisiko beim Staat bleibt und die Gewinne privatisiert werden... Aus EU-Mitteln geförderte Infrastrukturprojekte sind ausnahmslos durch den Europäischen Rechnungshof begleitend zu überwachen... lehnt die AfD Straßengebühren in Europa ab... Die nationalen Eisenbahnnetze in Europa sind vollständig für Anbieter von Schienenpersonen- und Schienengüterverkehr aus allen Mitgliedsländern zu öffnen... einzelstaatliche Regelungen, etwa zur Zertifizierung von Schienenfahrzeugen, in der EU gegenseitig anerkannt werden... für einen bedarfsgerechten Ausbau der Flughafeninfrastruktur... die Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums (Single European Sky)... Ziele sind die Erhöhung der Luftraumkapazität, die Senkung der Kosten des Flugverkehrsmanagements, die Verringerung der Umweltbelastungen und die Erhöhung der Sicherheit.“

Landwirtschaft: „ ... setzt sich dafür ein, dass der bäuerlichen Landwirtschaft die Möglichkeit eröffnet wird, sich ohne Produktionsbeihilfen ein ausreichendes Einkommen zu sichern... unterstützt Anstrengungen, die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte zu regionalisieren... fordert eine umfassende Reform der gemeinsamen Agrarpolitik... mit dem Ziel, die Subventionen deutlich zu reduzieren. Die Direktzahlungen... sollen mit Ausnahme von Krisenfonds und Katastrophenschutzfonds innerhalb von 10 Jahren komplett abgebaut werden... EU-Qualitätsstandards im Import und Export dürfen nicht zu verdecktem Protektionismus führen... wird ein ausgewogenes Verhältnis von landwirtschaftlicher Fläche zum Tierbesatz angestrebt, um die Belastungen der Umwelt aus der Tierproduktion zu verringern. Eine effiziente Tier- und Pflanzenproduktion darf nicht die menschliche Gesundheit gefährden, z.B. durch übermäßigen Antibiotika-Gebrauch oder Rückstände... eine stärkere Vernetzung von landwirtschaftlich genutzten Böden mit naturbelassenen Flächen angestrebt... lehnt eine generelle oder auch spezifische Zulassung genmanipulierter

Landwirtschaftsprodukte (z.B. Genmais) durch die EU ab... Entscheidung des Anbaus experimenteller Sorten muss in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten bleiben... will, dass alte Landsorten auch weiterhin ohne Sortenschutz und ohne umfangreiche Zertifizierung gehandelt und angebaut werden dürfen... Exportsubventionen der EU sollten verringert und der Außenhandelsschutz schrittweise abgebaut werden...“

Lobbyismus / Korruption: „ ... Maßnahmen zur Eindämmung des überbordenden Lobbyismus in der EU... die zahllosen Beraterverträge untersuchen, die von den Regierungen der Krisenstaaten, von der Troika oder von der EZB abgeschlossen wurden...“

Transparenz / Teilhabe: „ ... setzt sich... in Anlehnung an die „Europäische Bürgerinitiative“ für ein Bürger-Veto ein... innerhalb einer bestimmten Frist (z.B. sechs Monate) mit einem definierten Quorum eine EU-Gesetzgebung in dem jeweiligen Mitgliedsstaat blockiert werden können... für Deutschland geforderten Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild...“

Verbraucherschutz: „ ... für den Verbraucher transparente Qualitätsstandards... Kommerziell gespeicherte personenbezogene Daten sind spätestens sechs Monate nach Abschluss der letzten Geschäftsbeziehung zu löschen... Datensätze sind auf ein eventuell gesetzlich vorgeschriebenes Mindestmaß zu reduzieren... Verschärfte Haftungsregelungen sind für Firmen zu erlassen, falls... fahrlässiger Verlust oder eine vorsätzliche Offenbarung personenbezogener Kundendaten an Dritte eingetreten ist... bestehenden Konsequenzen über Schadensersatzansprüche hinaus auch bis zur Freiheitsstrafe erweitert werden... Abschluss von Verträgen zwischen Firmen und Privatpersonen über das Internet... soll durch die Einführung eines einfachen und anhand einheitlicher Kriterien bewertbarem Ampelfarbensystems in den Datenschutzrichtlinien möglich gemacht werden...“

Wirtschaft: „ ... orientiert sich an den Leitlinien von Ludwig Erhards „Sozialer Marktwirtschaft“... Stärkung der Kartellaufsicht... Handelsbilanzüberschüsse zwischen Mitgliedsstaaten der Eurozone sind das Ergebnis freien Wettbewerbs... lehnt jegliche Sanktionierung solcher Überschüsse ab... fordert Brüssel den Abbau deutscher Exportüberschüsse, Frankreich die Erhöhung deutscher Arbeitskosten sowie die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland und die Kommission die Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherungen in der Eurozone... bedarf jegliche Intervention des Staates in die Märkte einer transparenten, ökonomischen oder gesellschaftspolitischen Begründung. Grundsätzlich sollen solche Interventionen zeitlich begrenzt sein... dafür, auch bisher geschützte Wirtschaftsbereiche dem Wettbewerb zu öffnen... das Monopol auf den unverzichtbaren Dienstleistungskern reduziert werden, während wettbewerbsgeeignete Bereiche liberalisiert werden sollen... in den Dienstleistungsbereichen... für den Abbau von institutionellen Zugangsbarrieren, vorausgesetzt, dass dieser mit einem wohlverstandenen Verbraucherschutz, insbesondere der Qualitätssicherung und der Informationsfreiheit, vereinbar ist... inakzeptable Marktzutrittsbarriere stellt z. B. die Zwangsmitgliedschaft... dar... Bisher wahrgenommene hoheitliche Aufgaben, wie z. B. in der dualen Berufsausbildung, können weiterhin von den Kammern im Staatsauftrag ausgeführt werden. Alle anderen von den Kammern wahrgenommenen Aufgaben müssen sich dem Wettbewerb stellen... zur Aufdeckung und der strafrechtlichen Verfolgung von Wirtschaftskriminalität... schlägt... die Unterzeichnung der Anti-Korruptions-Charta der UN durch alle EU-Mitgliedsländer und deren Umsetzung in nationales Recht vor... die Wettbewerbsverfahren und – entscheidungen... der EU-Kommission entzogen und auf eine unabhängige europäische Wettbewerbsbehörde übertragen werden...“

Zitat-Auszüge Wahlprogramm zur Europawahl 2014 der Partei Alternative für Deutschland (AfD).